

Fokus

Volkswirtschaft

Nr. 108, 10. November 2015

Flüchtlingenzuwanderung erfordert Investitionen in Wohnungen, Schulen und Köpfe

Autoren:

Dr. Arne Leifels, Telefon 069 7431-4861,

Dr. Jörg Zeuner, Telefon 069 7431-2931, research@kfw.de

Das Ausmaß der weltweiten Fluchtmigration stellt auch Deutschland vor große Aufgaben. Der sprunghafte Anstieg der Flüchtlingszahlen in Deutschland verursacht akute Engpässe bei der Registrierung, Antragsbearbeitung, Versorgung und Unterbringung der Schutzsuchenden. Die Kapazitäten können dem unerwarteten Bedarf vielerorts nur provisorisch angepasst werden. Die Kosten überfordern Deutschland jedoch nicht.

Investitionen in drei Bereiche sind Voraussetzung für eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration der in Deutschland bleibenden Flüchtlinge:

(1) Wohnraum: Der schon bestehende Wohnungsmangel in Ballungsräumen wird weiter zunehmen. Deshalb sollten Anreize für mehr Bauaktivität gesetzt und leerstehende Wohnungen sinnvoll genutzt werden.

(2) Schulen und Kitas: Die zahlreichen minderjährigen Flüchtlinge erhöhen mittelfristig die Schülerzahlen. Ihrem Bedürfnis nach Schulbildung gilt es gerecht zu werden. Deshalb bedarf es zusätzlicher Investitionen in die Bildungsinfrastruktur sowie Mehrausgaben für Lehr- und Betreuungspersonal.

(3) Humankapital: Deutschland ist auf gezielte Zuwanderung von Fachkräften angewiesen, um den schon bald beschleunigten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung abzufedern. Inwieweit auch die Flüchtlingszuwanderung mit ihrer für eine altern-

de Volkswirtschaft günstigen Altersstruktur dazu beitragen wird, ist von entschlossenen Humankapitalinvestitionen abhängig: Die deutsche Sprache, eine systematische Kompetenzfeststellung und geeignete Qualifizierungsmaßnahmen sind zwingende Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeitsmarktintegration.

Bestandsaufnahme: Flüchtlingszahlen auf Rekordniveau

Die Welt erlebt derzeit die größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg. Rund 60 Mio. Menschen befinden sich auf der Flucht. Die allermeisten flüchten innerhalb ihrer Heimatstaaten und in benachbarte Entwicklungsländer (siehe Box 1). Nur ein Bruchteil ge-

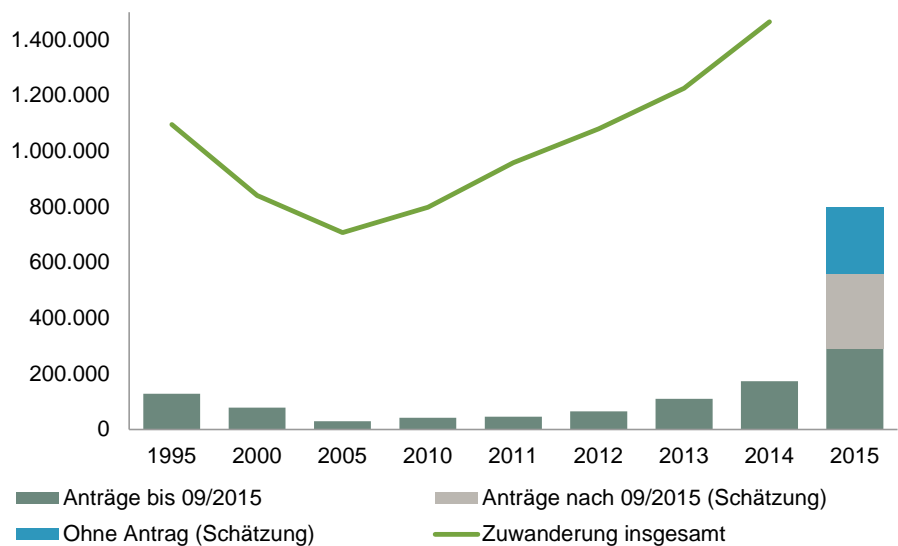
langt in die wohlhabenden Industrieländer. In der Europäischen Union wurden von Januar bis September 2015 ca. 770.000 Asylerstanträge gestellt. Innerhalb der EU nimmt Deutschland die meisten Asylsuchenden auf – und leistet aktuell auch gemessen an Bevölkerungsgröße und Wirtschaftskraft einen überdurchschnittlichen Beitrag.

Schon seit einigen Jahren steigt die Zahl der Asylanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Im Jahr 2014 wurde mit 173.000 Erstanträgen ein Niveau erreicht, das es zuletzt nach dem Zerfall des Ostblocks gab. Das Jahr 2015 bringt einen steilen Anstieg der Antragszahlen: Von Januar bis September wurden bereits 290.000 Erstanträge gestellt (Grafik 1). Doch dies ist nur ein Teil der über 500.000 nach Deutschland Geflüchteten, da viele Asylanträge noch nicht erfasst sind. Die offizielle Prognose des BAMF für das gesamte Jahr 2015: 800.000 Flüchtlinge. Die Wirtschaftsforschungsinstitute gehen in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten von 900.000 Flüchtlingen aus.¹

Etwa ein Drittel der Asylbewerber im lau-

Grafik 1: Zuwanderung und Asylanträge

Asylerstanträge in Deutschland (inkl. Schätzung), Zuwanderung nach Deutschland 1995 bis 2015



Quelle: BAMF, Statistisches Bundesamt.

fenden Jahr 2015 kommt aus Syrien (23 %), Irak (5 %) und Eritrea (3 %). Aufgrund der Situation in diesen Staaten wird es erstens kaum abgelehnte Anträge geben, und zweitens ist eine baldige Rückkehr in die Heimat nahezu ausgeschlossen. Auch Flüchtlingen aus Afghanistan (6 %) wird überwiegend Asyl gewährt. Gegensätzlich verhält es sich mit den zahlreichen Asylbewerbern aus Serbien, Mazedonien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Albanien, und Montenegro (zusammen ca. 40 %). Ihre Asylanträge haben in Deutschland geringe Erfolgsaussichten.² Insgesamt lässt sich daher abschätzen, dass von 800.000 Flüchtlingen im Jahr 2015 etwa 300.000 bis 350.000 auf absehbare Zeit in Deutschland bleiben werden. Das sind vier erfolgreiche Asylanträge je 1.000 Einwohner. Zum Vergleich: In Schweden sind es neun, in Frankreich und dem Vereinigten Königreich weniger als einer.

Auch für die nächsten Jahre ist von Flüchtlingszuwanderung in erheblichem Ausmaß auszugehen. Verbesserungen in den Krisenregionen des Nahen und Mittleren Ostens und am Horn von Afrika werden nur in langwierigen politischen Prozessen zu erreichen sein. Die Fluchtmigration in besonders aufnahmebereite Länder wie Schweden und Deutschland könnte vor allem durch eine gleichmäßigere Verteilung auf alle EU-Mitgliedsstaaten verringert werden.³

Hintergrund: Einwanderungsland Deutschland

Seit dem Zweiten Weltkrieg wurde Deutschland von unterschiedlichen Zuwanderungswellen geprägt, beginnend mit ca. 13 Mio. deutschstämmigen Vertriebenen aus Mittel- und Osteuropa. In den 1950er-Jahren wanderten 2,7 Mio. DDR-Bürger in die BRD aus. Die nächste Zuwanderungswelle bestand aus 14 Mio. so genannten Gastarbeitern, die zwischen 1955 und 1973 auf Basis von Anwerbeabkommen mit (u. a.) Spanien, Italien und der Türkei nach Deutschland kamen. Der dazugehörige Familiennachzug fand bis in die Mitte der 1980er-Jahre statt. In den 1990er-Jahren kamen zwei große Migrantengruppen: zum einen (Spät-) Aussiedler nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, zum anderen vor dem jugoslawischen Bürgerkrieg Geflüchtete.

Zwischen 1950 und 2014 sind im Jahresdurchschnitt 690.000 Menschen aus dem Ausland nach Deutschland zugezogen. Abzüglich der Fortzüge beträgt der durchschnittliche Wanderungssaldo ca. 180.000. Deutschland ist spätestens seit den 1950er-Jahren ein Zuwanderungsland; jeder fünfte Einwohner hat heute einen Migrationshintergrund⁴.

Späte Neuausrichtung der Integrationspolitik

Daran gemessen hat erst spät, nämlich vor etwa 15 Jahren, eine Neuausrichtung

zu einer modernen, aktivierenden⁵ Integrationspolitik eingesetzt. Dies geschah durch die grundlegende Verankerung der Integration als staatliche Aufgabe, Reformen des Ausländerrechts und eine Schwerpunktsetzung auf Bildung und Spracherwerb. Das ist die Basis für weitere Reformschritte.

Die Früchte wirksamer Integrationspolitik lassen sich nur langfristig ernten; die Versäumnisse der Vergangenheit zeigen sich heute z. B. im geringeren Arbeitsmarkterfolg von Personen mit Migrationshintergrund: Ihre Erwerbslosenquote lag im Jahr 2014 mit 8 % deutlich über dem Gesamtwert von 5 %.⁶

Kurzfristig: Versorgung, Unterbringung und Antragsbearbeitung

Fluchtmigration stellt die Zielländer nicht nur vor große integrationspolitische Herausforderungen, sondern auch vor humanitäre: Die Befriedigung von Grundbedürfnissen rückt zunächst in den Vordergrund. Neben der Registrierung und Verteilung der Flüchtlinge müssen zuerst medizinische Versorgung, Unterkunft, Beratung und Betreuung gewährleistet werden. Trotz großer Anstrengungen von Behörden, Wohlfahrtsverbänden und engagierten Bürgern sind vielerorts die Kapazitäten knapp (siehe Box 2).

Ein wesentlicher administrativer Engpass ist die Bearbeitungsdauer der Asylanträge. Beim BAMF stauen sich seit vielen

Box 1: Weltweite Fluchtmigration und ihre Ursachen

Am Ende des Jahres 2014 waren weltweit knapp 60 Mio. Menschen auf der Flucht – der höchste Stand seit dem Zweiten Weltkrieg. Bei der Mehrheit der weltweit Vertriebenen handelt es sich um Binnenflüchtlinge (*Internally Displaced Persons*, IDPs), deren Zahl mit geschätzten 38,2 Mio. so hoch war wie nie zuvor. Zu den Ländern mit den meisten Binnenflüchtlingen zählten Syrien (7,6 Mio.), Kolumbien (6,0 Mio.), der Irak (3,6 Mio.), die DR Kongo (2,8 Mio.) und der Sudan (2,2 Mio.).

Neben den intern Vertriebenen fanden weitere 22 Mio. Menschen im Ausland Zuflucht. Die Hauptherkunftsländer dieser Flüchtlinge waren die Palästinensischen Gebiete (5,3 Mio.) und Syrien (4,0 Mio.), gefolgt von Afghanistan (2,7 Mio.), Somalia (1,2 Mio.) und dem Sudan (0,7 Mio.). Am meisten Flüchtlinge aufgenommen wurden dagegen in der Türkei (1,6 Mio.), in Pakistan (1,5 Mio.), im Libanon (1,2 Mio.), im Iran (1,0 Mio.) und in Äthiopien (0,7 Mio.). Zum Jahresende 2014 befanden sich rund 86 % der weltweiten Flüchtlinge in Entwicklungsländern, wobei die Untergruppe der am wenigsten entwickelten Länder (*Least Developed Countries*, LDCs) immerhin einem Viertel aller Flüchtlinge Zuflucht bot.

Die überwältigende Mehrheit der weltweit Vertriebenen sind Bürgerkriegsflüchtlinge (90 %). Allein auf den syrischen Bürgerkrieg gehen 20 % zurück. Weitere Treiber von Flucht sind staatliche Repression und Menschenrechtsverletzungen (z. B. in Eritrea und Myanmar) sowie Naturkatastrophen und extreme Wetterereignisse (z. B. in Bangladesch und Haiti). In diesem Kontext treibt auch extreme Ernährungsunsicherheit Menschen zur Flucht.

Autor: Dr. Stefan Lindemann, KfW-Development Research

Jahren unerledigte Anträge, mittlerweile sind es über 270.000. Die Bearbeitung eines Antrags dauert im Durchschnitt etwa ein halbes Jahr. Zügige Asylverfahren sind aber besonders wichtig, weil sie bei Unterbringung und Beratung eine Konzentration auf diejenigen mit Bleibeperspektive erlauben. Außerdem könnten wichtige Integrationsmaßnahmen schneller beginnen.⁷

Zukunftsinvestition Nr. 1: Wohnungsbau

Die großen Flüchtlingszahlen bringen nicht nur kurzfristig die Erstaufnahmeeinrichtungen und provisorische Gemeinschaftsunterkünfte an ihre Grenzen, sondern mittelfristig auch den verfügbaren Wohnraum. Denn die Zuwanderung trifft auf einen ohnehin bestehenden Wohnungsmangel in größeren Städten – also dort, wo Flüchtlinge in der Regel bessere Integrationschancen haben.⁸ Schon jetzt gibt es Meldungen über knappe Mietwohnungen im unteren Preissegment und die Beschlagnahmung leerstehender Immobilien. Diese Probleme werden in den kommenden Monaten zunehmen, wenn immer mehr Flüchtlinge aus den Gemeinschaftsunterkünften am Wohnungsmarkt teilnehmen.

Flüchtlingsstrom trifft auf städtischen Wohnungsmangel

Trotz deutlicher Steigerungen in den

Box 2: Aktuelles Gesetzespaket zielt auf akute Kapazitätsprobleme

Das jüngst verabschiedete Gesetzespaket zum Asylrecht soll die Aufnahmekapazitäten erstens entlasten und zweitens ausweiten. Zur Entlastung sollen die Asylverfahren beschleunigt werden, indem das Personal des BAMF aufgestockt und die Liste „sicherer Herkunftsstaaten“ erweitert wird. Auch durch schnellere Abschiebungen (inklusive Wiedereinreiseverboten) und anreizwirksame Leistungskürzungen soll die Zahl der Asylbewerber mit geringen Bleibeaussichten reduziert werden. Bisherige Erfahrungen lassen vermuten, dass sich ein spürbarer Effekt auf die Verfahrensdauer bzw. auf die Zahl der Asylbewerber aus bestimmten Herkunftsländern am besten in Kombination mit flankierenden Maßnahmen erreichen lässt (Informationskampagnen vor Ort, bessere Möglichkeiten der Arbeitsmigration).

Der kurzfristigen Kapazitätsausweitung dienen vor allem – dringend notwendige – zusätzliche Bundesmittel für die finanziell überforderten Kommunen. Die für das laufende Jahr zugesagten Mittel werden auf 2 Mrd. EUR verdoppelt, für das Jahr 2016 wird eine Rücklage von 5 Mrd. EUR gebildet. Außerdem wird die Bereitstellung von Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften baurechtlich und finanziell erleichtert. Zu diesem Zweck haben zudem einige Landesförderinstitute und die KfW spezielle Förderprogramme aufgelegt.

letzten Jahren reicht die derzeitige Bautätigkeit nicht aus, um den mittelfristigen Wohnraumbedarf zu decken. Im Jahr 2014 wurden 245.000 Wohnungen fertiggestellt. Das sind 13 % mehr als im Vorjahr und über 50 % mehr als im Jahr 2010. Für 2015 erwarten wir eine fünfprozentige Steigerung auf 260.000 Wohnungen (Grafik 2).⁹ Die Neubautätigkeit bleibt damit leicht hinter dem prognostizierten Bedarf zurück: Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) schätzt den Neubaubedarf im Zeitraum 2015 bis 2020 auf jährlich

270.000 Wohnungen. Diese Prognose berücksichtigt aber noch nicht die unerwartete Flüchtlingszuwanderung.¹⁰ Auf Basis angepasster Zuwanderungszahlen hat das Bundesbauministerium (BMUB) die Schätzung auf 350.000 Wohnungen pro Jahr erhöht (Grafik 2).¹¹

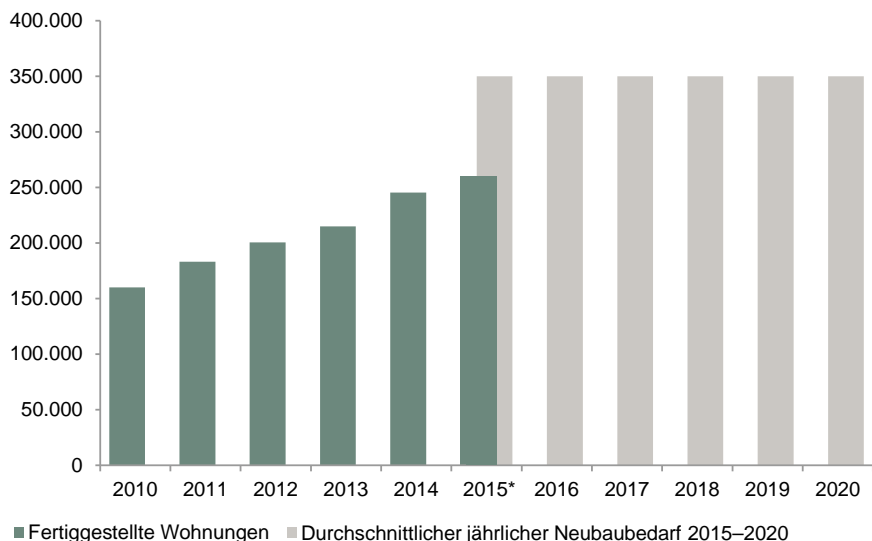
Wichtigster Anreiz für Bauinvestitionen: mehr urbanes Bauland

Die Flüchtlingszuwanderung erfordert eine kurzfristige und kräftige Steigerung der Investitionen im Wohnungsbau. Deshalb sollten Investitionsanreize gesetzt werden, besonders in Ballungsräumen.¹² Die politische Diskussion über geeignete Maßnahmen ist in vollem Gange.¹³

Marktbeobachter sind sich weitgehend einig, dass das Bauland der entscheidende Flaschenhals und Preistreiber ist – gerade weil der Neubaubedarf sich auf Ballungsgebiete mit besonders knappen Flächen konzentriert. Eine wirkungsvolle Maßnahme wäre die Ausweisung neuer Bauflächen, auch wenn das dem politischen Vorrang der Innenverdichtung zuwiderläuft.¹⁴ Die Forderung der Bauwirtschaft nach steuerlicher Förderung durch erhöhte Abschreibungen wird hingegen unterschiedlich beurteilt. Das BMUB hat Handlungsbereitschaft im Hinblick auf vorübergehende Sonderabschreibungen signalisiert, die an bestimmte Regionen oder Zwecke gebunden sind und so eine Steuerungswirkung entfalten können.¹⁵

Grafik 2: Investitionslücke im Wohnungsbau

Fertigstellungen im Wohnungsbau 2010–2015 (*=KfW-Schätzung) und prognostizierter Neubaubedarf 2015–2020.



Quellen: Statistisches Bundesamt, BBSR.

Sozialer Wohnungsbau als Ergänzung

Flankierend zu dieser Anreizpolitik ist ein vorübergehendes Aufleben des sozialen Wohnungsbaus geeignet, um das Angebot günstigen Wohnraums in Ballungsräumen gezielt zu erhöhen. In der kommunalen Investitionsplanung hat die Wohnungswirtschaft zuletzt an Bedeutung gewonnen, wie das KfW-Kommunalpanel zeigt.¹⁶ Dies dürfte auch auf die starke Zuwanderung zurückzuführen sein. Mit dem Jahr 2016 werden die Investitionen im sozialen Wohnungsbau kräftig steigen. Denn die Bundesregierung verdoppelt die Zuweisungen für die Wohnraumförderung bis zum Jahr 2019 auf jeweils eine Milliarde EUR und stellt vergünstigte Grundstücke zur Verfügung.

Auch Leerstand nutzen – dort, wo es Jobs gibt

Die bereits beschlossenen und sich abzeichnenden Maßnahmen zur Steigerung der Neubautätigkeit werden den plötzlichen Mehrbedarf aber voraussichtlich nicht decken können. Denn Genehmigung und Bau brauchen Zeit und der Baulandengpass lässt sich nicht ohne weiteres beseitigen. Außerdem sind die Kapazitäten der Bauwirtschaft kurzfristig begrenzt – auch in personeller Hinsicht: Über 70 % der einstellenden Bauunternehmen erwarten Probleme bei der Fachkräfterekrutierung. Die Branche sorgt sich besonders um Bewerberman-

gel in den gesuchten Berufen.¹⁷

Deshalb sollte der vorhandene Wohnungsleerstand in Deutschland Teil der Lösungsstrategie sein. Zwar ist ein großer Teil der 1,5 Mio. leerstehenden Wohnungen ungeeignet, weil vor Ort die Arbeitsplätze fehlen. Für Zuwanderer ist das gleichbedeutend mit schlechten Integrationsaussichten. Doch aufgrund der guten Arbeitsmarktlage gibt es zurzeit in zahlreichen Mittelstädten und in ländlichen Gebieten nicht nur Wohnraum, sondern auch Arbeitsplätze. Dies gilt es bei der Verteilung und Beratung von Flüchtlingen so gut wie möglich zu berücksichtigen.¹⁸

Zukunftsinvestition Nr. 2: Bildungsinfrastruktur

Die öffentlichen Haushalte sind nicht nur im Wohnungsbau gefordert. Der Zustrom von Flüchtlingen verlangt auch Investitionen in die Schul- und Betreuungsinfrastruktur. Die Anzahl der zusätzlichen Schüler lässt sich bisher nur grob abschätzen: Unter den Asylbewerbern im Jahr 2014 waren 17 % im schulpflichtigen Alter (Grafik 3). Bei dieser Altersstruktur werden von 800.000 Flüchtlingen schätzungsweise 55.000 für längere Zeit eine allgemeinbildende Schule besuchen. Hinzu kommen ca. 75.000 nicht anerkannte Flüchtlinge, die bis zu ihrer Ausreise schulpflichtig sind.¹⁹ Diese Zahlen liegen in der Größenordnung des

jährlichen Schüllerrückgangs im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (-124.000 p. a.), allerdings geografisch anders verteilt. Die Gleichzeitigkeit des Rück- und Ausbaubedarfs der deutschen Infrastruktur ist nicht neu, wird hier aber noch einmal besonders deutlich.

Anstieg der Schülerzahlen bereits im laufenden Schuljahr

In den meisten Bundesländern setzt die Schulpflicht minderjähriger Asylbewerber unabhängig vom Antragsstatus nach drei Monaten ein. Deshalb werden die Schülerzahlen besonders zu Beginn des nächsten Jahres zunehmen. Die Flüchtlingskinder treffen auf ein Schulsystem, das sich zwar einerseits sinkenden Schülerzahlen gegenüber sieht, aber andererseits erhöhten Anforderungen der Inklusion, Berufsorientierung, Sprachförderung und regionalen Konzentration. Das KfW-Kommunalpanel 2015 weist einen Investitionsrückstand der Schulinfrastruktur von 32 Mrd. EUR aus. Die zusätzlichen Schülerinnen und Schüler führen nicht nur zu weiterem Investitionsbedarf, sondern auch zu personellen Engpässen: Neben neuen Lehrern werden auch Dolmetscher, Sozialpädagogen und Therapeuten für die teilweise traumatisierten Kinder gesucht.

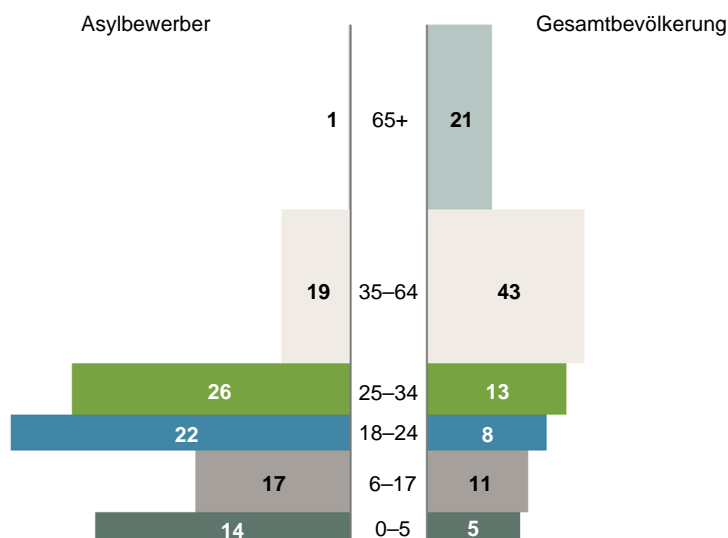
Mehr Kita-Plätze benötigt

Der Anteil von Kleinkindern an den Asylbewerbern ist überdurchschnittlich, ca. 9 % sind 1 bis 5 Jahre alt. Unter der Annahme, dass ihre Teilnahmequote an frühkindlicher Bildung derjenigen von Kindern mit mindestens einem ausländischen Elternteil entspricht, entstünde bei 800.000 Asylbewerbern ein Mehrbedarf von ca. 30.000 Plätzen in Kindertagesstätten.²⁰ Zum Vergleich: Die Kapazitäten wurden in den letzten Jahren (auch wegen gesetzlicher Verpflichtungen) stark ausgeweitet – um durchschnittlich 50.000 pro Jahr.

Grundsätzlich ist es wünschenswert, dass Kinder mit Migrationshintergrund häufiger an frühkindlicher Bildung teilnehmen. Denn sie sind in Deutschlands Kindertagesstätten unterrepräsentiert, obwohl sie oft Sprachförderung benötigen und deshalb besonders profitieren würden.²¹ Dafür notwendige Kapazitätserweiterungen wären volkswirtschaftlich

Grafik 3: Kleinkinder und junge Erwachsene unter Flüchtlingen stark vertreten

Anteile verschiedener Altersgruppen an Asylbewerbern und Gesamtbevölkerung in Prozent (2014)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Eurostat, BAMF, eigene Berechnungen.

und sozialpolitisch vorteilhafte Investitionen. Denn je früher Bildungsinvestitionen stattfinden, desto höher ist ihre Rendite. Gerade der frühe Spracherwerb ist entscheidend für den späteren Bildungserfolg – und damit auch für die Integration in Wirtschaft und Gesellschaft.

Zukunftsinvestition Nr. 3: Humankapital

Der enorme Zustrom an Flüchtlingen zieht nicht nur erhebliche Kosten und umfangreiche Infrastrukturinvestitionen nach sich. Er birgt gleichzeitig auch eine große Chance für die Volkswirtschaft. Denn der demografische Ausblick für Deutschland ist äußerst ungünstig: Zwischen 2020 und 2040 wird die geburtenstarke Nachkriegsgeneration aus dem Arbeitsleben ausscheiden und eine Lücke im Erwerbspotenzial hinterlassen (Grafik 4).²² Dadurch werden Rekrutierungsprobleme und Fachkräfteengpässe spürbar zunehmen. Zur Dämpfung dieser Entwicklung müssen sowohl inländische als auch ausländische Erwerbspotenziale besser ausgeschöpft werden.²³

Integration der Flüchtlinge als Chance für eine alternde Volkswirtschaft

Neben einer erhöhten Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren ist Deutschland auf gesteuerte, qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt angewiesen. Die umfangreiche Arbeitsmigration der letzten Jahre ist hauptsächlich auf EU-Bürger zurückzuführen, die größtenteils heimkehren werden, wenn sich die Arbeitsmärkte in Südeuropa erholt haben. Entscheidend sind Fachkräfte aus Drittstaaten. Die kürzlichen Reformen im Zuwanderungsrecht waren ein erster Schritt.²⁴

Fluchtmigration ist grundverschieden von Arbeitsmigration. Denn das einzige Zugangskriterium ist die humanitäre Schutzbedürftigkeit. Doch auch wenn keine Auswahl nach Arbeitsmarktgesichtspunkten stattfindet: Viele Flüchtlinge werden für längere Zeit in Deutschland bleiben – teilweise für immer – und stehen als Erwerbsfähige zur Verfügung.

Flüchtlinge mit günstiger Altersstruktur ...

Hinzu kommt, dass die Flüchtlinge eine vorteilhafte Altersstruktur aufweisen: Von

den Asylbewerbern des vergangenen Jahres sind 48 % zwischen 18 und 34 Jahren alt und gehören damit einer Generation an, die hier zu Lande dünn besetzt ist (Grafik 3, 4). Um diese Chance zu nutzen, muss die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen. Der Integrationserfolg ist in erster Linie abhängig von der beruflichen Qualifikation, dem Sprachvermögen und dem Integrationswillen der Flüchtlinge. Weitere Voraussetzungen sind Möglichkeiten und Anreize für Unternehmen, Flüchtlinge einzustellen (siehe Box 3).

... aber mit Qualifikationsproblemen

Über den Bildungshintergrund und die beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge gibt es kaum Informationen – auch weil bisher keine systematische Erfassung stattfindet. Bekannt ist, dass das mittlere Qualifikationsniveau relativ schwach vertreten ist. Im Jahr 2013 waren 13 % der in Deutschland lebenden anerkannten Flüchtlinge Akademiker. Ihnen standen allerdings 58 % ohne beruflichen Bildungsabschluss gegenüber. Vermutlich bringen die aktuellen Flüchtlinge im Durchschnitt ein etwas höheres Qualifikationsniveau mit. Denn fast jeder Vierte stammt aus Syrien, dessen Bildungssystem vergleichsweise gut ist und weite Teile der Bevölkerung erreicht.²⁵

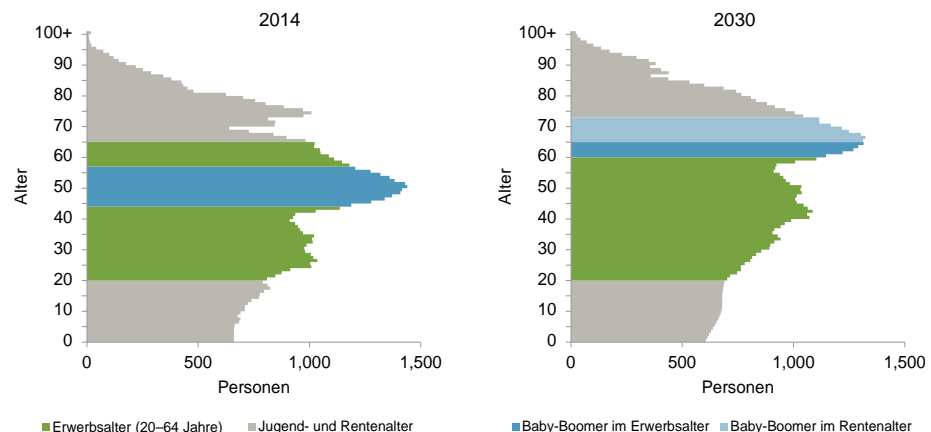
Unabhängig von den genauen Anteilen formaler Bildungsniveaus besteht häufig das Problem, dass die vorhandenen Qualifikationen nicht zu den Anforderun-

gen des deutschen Arbeitsmarkts passen. Häufig werden Berufsabschlüsse nicht als gleichwertig anerkannt, weil das fachliche Niveau unzulänglich ist. Fehlende Zeugnisse erweisen sich bei der Anerkennung als großes Hindernis.²⁶ In anderen Fällen sind formale Berufsqualifikationen nur beschränkt verwertbar, weil die Arbeitsabläufe in den Herkunftsländern anders organisiert sind.

Für eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration müssen Flüchtlinge früher und intensiver unterstützt werden als bisher. Um keine wertvolle Zeit zu verlieren, sollte ihre Qualifikation möglichst früh im Asylverfahren erfasst werden. Das ist gleichbedeutend mit einer stärkeren, früheren und vor allem systematischen Einbindung der Bundesagentur für Arbeit (und weiterer Behörden). Mit solchen integrierten Verfahren wurden in Modellprojekten bereits gute Erfahrungen gemacht. Als vorteilhaft haben sich dabei nicht nur die aufwändigere und dadurch präzisere Kompetenzerfassung erwiesen, sondern auch die durchgehende Betreuung durch dieselben Behörden bzw. Personen.

Eine Besonderheit der aktuellen Flüchtlingszuwanderung ist, dass viele zwar keinen berufsqualifizierenden Abschluss haben, aber eine solide Schulbildung. Dadurch gewinnt das Berufsausbildungssystem zusätzlich an Bedeutung. Für Asylbewerber und Geduldete wurde der Zugang zur betrieblichen Ausbildung kürzlich etwas erleichtert, u. a. durch

Grafik 4: Baby-Boomer hinterlassen Lücke im Erwerbspotenzial



Quelle: Statistische Bundesamt, 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung (Variante G1-L1-W1).

verkürzte Wartezeiten.

Es gilt allerdings nach wie vor eine Altersgrenze von 21 Jahren, die den Bildungsbiografien vieler Flüchtlinge nicht gerecht wird. Auch Praktika und Berufsvorbereitungskurse können Asylbewerber neuerdings einfacher aufnehmen – oft ist dies der entscheidende Pfad in Ausbildung und Beschäftigung.²⁷

Sprachbarrieren auf dem Arbeitsmarkt

Doch auch wenn die Berufsqualifikation den Ansprüchen des Arbeitsmarkts genügt, scheitern die Bemühungen um einen Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oft an der Sprache. Deutschkenntnisse sind unter den Flüchtlingen die Ausnahme, je nach Herkunftsland haben die Flüchtlinge oft sogar nur rudimentäre Englischkenntnisse. Dies ist die entscheidende Barriere, die sogar fachlich hochqualifizierte Flüchtlinge vom Arbeitsmarkt fernhält. Natürlich sind Kenntnisse der Landessprache nicht nur Grundvoraussetzung für die Arbeitsmarktintegration, sondern auch für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Bei der Sprachförderung gilt ganz besonders: Je früher, desto besser. Denn Spracherwerb braucht Zeit. Sinnvoll wäre es, die Kenntnisse und den Förderbedarf direkt bei der Registrierung bzw. zu Beginn des Asylverfahrens systematisch zu erfassen – um sofort mit Sprachkursen zu beginnen. Von diesem Anspruch ist der Status quo weit entfernt: Die meisten Asylbewerber und Geduldeten haben praktisch keinen Zugang zu Sprachförderung, die Kapazitäten reichen schon für anerkannte Flüchtlinge und Arbeitsmigranten kaum aus. Politisch wurden nun erste Schritte unternommen, vor allem die kurzfristige Finanzierung von Sprachkursen für bis zu 100.000 Flüchtlinge mit guter Bleibeperspektive durch die Bundesagentur für Arbeit. Weitere umfangreiche Investitionen sind nötig, um die Strukturen für die Kompetenzfeststellung und flächendeckend ausreichende Kursangebote zu schaffen.

Ausgeprägte Integrationsbereitschaft

Im Vergleich verschiedener Zuwanderergruppen gelingt Arbeitsmigranten die

Integration schneller als Flüchtlingen. Denn aufgrund gezielter Zuwanderung in den Arbeitsmarkt sind sie häufig von Anfang an erwerbstätig und bringen Sprachkenntnisse mit. In der langen Frist sind Flüchtlinge aber oft besonders motiviert und erfolgreich bei der Integration, da sie ohne eine absehbare Rückkehrmöglichkeit starke Anreize haben, sich ein neues Leben aufzubauen. Flüchtlinge sind (neben Spätaussiedlern) die Migrantengruppe mit den größten Bleibeab-

sichten.²⁸

Arbeitsmarkteffekte mit Verzögerung

Die Integration der zahlreichen Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt kann zu einer Erfolgsgeschichte werden, wenn früh und umfangreich in ihre Sprachfertigkeiten und Berufsqualifikationen investiert wird. Begünstigende Faktoren sind die gute Lage des deutschen Arbeitsmarkts und die Integrationsbereitschaft der Flüchtlinge. Im Durchschnitt aller OECD-

Box 3: Mittelstand setzt auf ausländische Fachkräfte

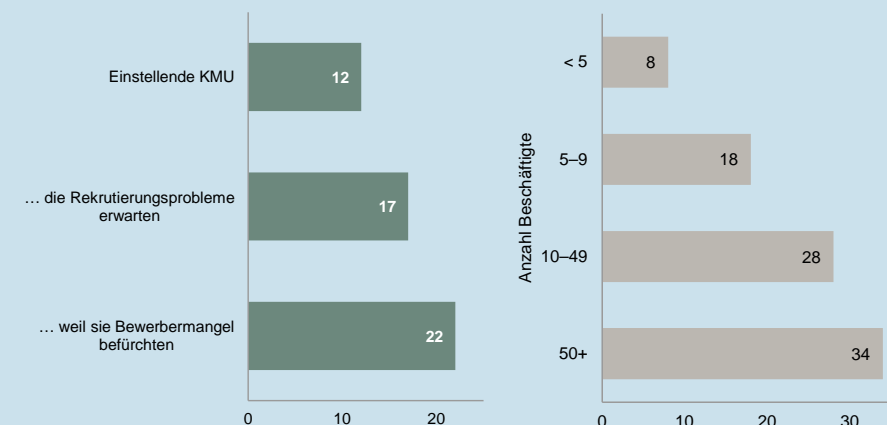
Aus Arbeitgeberperspektive sind Sprach- und Qualifikationsdefizite von Flüchtlingen und anderen Zuwandern ein wesentliches Einstellungshindernis. Trotzdem setzen die Unternehmen im demografischen Wandel strategisch auf ausländische Fachkräfte. Dies zeigen auch die Daten des KfW-Mittelstandspanels 2014. Unter den mittelständischen Unternehmen, die innerhalb von drei Jahren Fachkräfte einstellen wollen, ergreifen oder planen 12 % gezielte Maßnahmen zur Rekrutierung ausländischer Fachkräfte (Grafik 5).

Gerade wenn KMU Probleme bei der Fachkräftesuche erwarten, versuchen sie häufiger, ausländisches Erwerbspotenzial zu nutzen (17 %). Unter den Mittelständlern, die Bewerbermangel in den gesuchten Berufen befürchten, bemühen sich 22 % aktiv um ausländische Fachkräfte. Vor allem größere Mittelständler setzen diesen Rekrutierungsschwerpunkt: Etwa 30 % der einstellenden KMU mit mehr als neun Beschäftigten wollen gezielt ausländische Fachkräfte anwerben. Unter den Kleinstunternehmen mit weniger als fünf Mitarbeitern sind es nur 8 %.

Die Bemühungen des Mittelstands um ausländische Fachkräfte zeigen, dass Sprachdefizite und im Ausland erworbene Berufsqualifikationen keine unüberwindbaren Hindernisse sind. Doch der Beschäftigung von Flüchtlingen stehen aus Sicht der Arbeitgeber weitere Probleme im Weg, z. B. zusätzlicher bürokratischer Aufwand und unklare Bleibeperspektiven während des Asylverfahrens. Planungssicherheit ist aber aus unternehmerischer Perspektive die wesentliche Voraussetzung für Investitionen in das Humankapital der Flüchtlinge – z. B. in Form von Sprachkursen, Weiterbildung und aufwändiger Einarbeitung. Auch deshalb ist die Beschleunigung der Asylverfahren so wichtig.

Grafik 5: Bemühungen um ausländische Fachkräfte

Anteil der Unternehmen, die Maßnahmen zur Rekrutierung ausländischer Fachkräfte umgesetzt haben oder planen, in Prozent. Bezogen auf Unternehmen, die innerhalb von drei Jahren Fachkräfte einstellen wollen.



Quelle: KfW-Mittelstandspanel 2014.

Staaten liegt die Beschäftigungsquote von Flüchtlingen in den ersten vier Jahren bei nur 20 bis 25 % und steigt nach fünf bis sechs Jahren auf ca. 55 %. Erst nach etwa 15 Jahren nähert sich die Beschäftigung dem Niveau von Arbeitsmigranten (ca. 75 %).²⁹

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) schätzt ausgehend von jeweils einer Million Flüchtlinge in den Jahren 2015 und 2016, dass das Erwerbspotenzial in diesem Jahr um 324.000 und im nächsten Jahr um 610.000 Personen steigt. Die Auswirkungen der Flüchtlingsströme auf den Arbeitsmarkt werden erst nach und nach spürbar: Während in diesem Jahr nur von einer geringen Zunahme der Arbeitslosigkeit auszugehen ist, erwartet das IAB für 2016 zusätzlich 130.000 Arbeitslose. Es handelt sich dabei hauptsächlich um die Flüchtlinge selbst, mit größeren Verdrängungseffekten einheimischer Arbeitskräfte ist nicht zu rechnen.³⁰

Existenzgründung als Erwerbchance

Erwerbchancen für Flüchtlinge bieten sich nicht nur in abhängiger Beschäftigung, sondern auch in der Selbstständigkeit. In den letzten Jahren war jeder fünfte Existenzgründer Ausländer oder hatte die deutsche Staatsbürgerschaft nicht bei Geburt. Damit haben Migranten sogar etwas mehr zum Gründungs geschehen in Deutschland beigetragen, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht.³¹

Defizite bei Sprache und Berufsqualifikation sind zwar auch beim Schritt in die Selbstständigkeit ein großes Hindernis. Aber zumindest die Probleme mit der formalen Anerkennung von Berufsabschlüssen rücken bei Gründern in den Hintergrund. Über 40 % der Migranten, die sich in den letzten Jahren in Deutschland selbstständig gemacht haben, hatten keinen (anerkannten) Abschluss.

Ein Vorteil von Migranten sind ihre Kenntnisse von Waren und Märkten ihrer Herkunftsregionen, die sie häufig für Existenzgründungen in der Handelsbranche nutzen können. Viele Zuwanderer waren in ihrer Heimat bereits selbstständig. Besonders in den Herkunftsländern der Flüchtlinge ist dies mit erheblichen

Schwierigkeiten verbunden, z. B. ungeschützten Eigentumsrechten und behördlicher Willkür. In Deutschland finden sie günstigere Bedingungen vor. Wenn es ihnen gelingt, sprachliche (und andere) Hürden zu überwinden, kann die Flüchtlingsmigration das Gründungsgeschehen der kommenden Jahre bereichern.

Kurzfristig: Kosten in Milliardenhöhe, aber keine Überforderung

Die weltweiten Fluchtbewegungen stellen auch Deutschland vor große Aufgaben. Kurzfristig führt das historische Ausmaß der Flüchtlingszahlen zu organisatorischen Problemen, akuten Kapazitätsengpässen – und fiskalischen Kosten. Die Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren in ihrem gemeinsamen Herbstgutachten Mehrausgaben für Versorgung, Betreuung und Sozialleistungen von 4 Mrd. EUR im Jahr 2015 und 11 Mrd. EUR im Jahr 2016. Zur Größenordnung: In der Summe entsprechen diese Ausgaben zum Beispiel den jährlichen Einnahmen aus der Tabaksteuer (14 Mrd. EUR) oder dem Solidaritätszuschlag (15 Mrd. EUR).

Die zusätzlichen Ausgaben für die Aufnahme von Flüchtlingen sind keine finanzielle Überforderung für Deutschland. Auf bereits geplante Investitionen muss im Bundeshaushalt nicht verzichtet werden, sogar die schwarze Null ist zumindest 2015 nach wie vor realistisch. Mit der stärkeren Beteiligung des Bundes an den Kosten für Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge adressiert der Gesetzgeber das wesentliche Problem: eine föderale Finanzverteilung, die den überforderten Kommunen nicht gerecht wird.

Langfristig: Zukunftsinvestitionen in Wohnungen, Schulen und Köpfe

Mit Blick auf die langfristigen Auswirkungen der Fluchtmigration sind in Deutschland Investitionen in den Wohnungsbau, die Bildungsinfrastruktur und das Humankapital der Flüchtlinge von zentraler Bedeutung. In diesen Bereichen ist Deutschland schlechter auf die Flüchtlingszahlen vorbereitet als in rein finanzieller Hinsicht.

In vielen Großstädten mangelt es ohnehin schon an günstigem Wohnraum. Da hier die Integrationschancen von Zuwanderern (aufgrund bestehender Netzwerke und dynamischer Arbeitsmärkte) am besten sind, werden die Engpässe bald zunehmen. Deshalb sind Anreize zur Steigerung der Neubauaktivität notwendig, vor allem durch die Ausweisung neuer Bauflächen. Die kurzzeitige Ausweitung des sozialen Wohnungsbaus ist eine sinnvolle Ergänzung, um gezielt günstigen Wohnraum zu schaffen. Auch der Wohnungsleerstand in Deutschland kann zur Bedarfsdeckung beitragen. Voraussetzung ist allerdings, dass es vor Ort auch Arbeitsplätze gibt. Dies sollte bei der Verteilung bzw. Beratung der Flüchtlinge systematisch(er) berücksichtigt werden.

Die zahlreichen minderjährigen Flüchtlinge führen zu einem kräftigen Anstieg der Schülerzahlen und Kita-Plätze. Doch schon jetzt befinden sich Deutschlands Schulen im Investitionsstau und haben mit erhöhten Anforderungen an Inklusion und Berufsorientierung zu kämpfen. Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und zusätzliches Personal sind deshalb erst recht notwendig.

Ohne ausreichende Kenntnisse der Landessprache kann die wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration nicht gelingen. Entscheidend sind außerdem die rasche und systematische Feststellung beruflicher Qualifikationen und eine bedarfsgerechte Nachqualifizierung. Das erfordert entschlossene Investitionen in das Humankapital der Flüchtlinge. Erste Schritte in diese Richtung sind flächendeckende Sprachkurse und die frühere Einbindung der BA in die Asylverfahren. Auch der Zugang zu Berufsausbildung und Arbeitsmarkt kann in Details verbessert werden, z. B. indem Wartefristen und Altershöchstgrenzen angepasst werden.

Je besser die Bereitstellung von Wohnraum, die Aufnahme in den Schulen und die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen, desto größer ist die Chance, die volkswirtschaftlichen Folgen des demografischen Wandels abzufedern. Diese gesellschaftlichen Zukunftsinvestitionen sind eine große Herausforderung für

Deutschland. Sie nur als Belastung zu sehen, wäre aber kurzichtig. ■

- ¹ Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2015): Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015 – Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben, Berlin, S. 33.
- ² Etwa ein Drittel dieser Flüchtlinge gehört der diskriminierten Roma-Minderheit an. Die Schutzquoten von Flüchtlingen vom Westbalkan waren zuletzt in einigen EU-Staaten höher als in Deutschland (z. B. Italien, Schweiz, Belgien, Finnland; Quelle: Eurostat).
- ³ Die kürzliche Mehrheitsentscheidung, 120.000 Flüchtlinge nach einem Quotensystem auf die EU-Mitglieder zu verteilen, ist in diesem Zusammenhang hauptsächlich ein politisches Signal. Denn zum einen ist die Umsetzung nicht sichergestellt, zum anderen ist darin noch keine dauerhafte Quotenregelung angelegt.
- ⁴ Personen mit Migrationshintergrund sind alle nach 1949 Zugewanderten, alle in Deutschland geborenen Ausländer sowie deren Kinder.
- ⁵ Das Beispiel verpflichtender Integrationskurse in Verbindung mit Sanktionen bei Nichtteilnahme veranschaulicht die neue (aktivierende) Politik des „Förderns und Forderns“.
- ⁶ Quelle: Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Ergebnisse des Mikrozensus 2014, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- ⁷ Zum Bearbeitungsstau beim BAMF vgl. Thränhardt, D. (2015): Warum das deutsche Asylsystem zu einem Bearbeitungsstau führt, www.mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Gutachten_Bearbeitungsstau_BAMF_2015.pdf.
- ⁸ In Deutschland lebt jede zweite Person mit Migrationshintergrund in einer Stadt mit mindestens 100.000 Einwohnern. In größeren Städten sind die Arbeitsmärkte dynamischer, die Unterschiede der Arbeitslosenquoten von Personen ohne / mit Migrationshintergrund geringer. Jugendliche mit Migrationshintergrund besuchen in Großstädten häufiger Gymnasien und machen häufiger Abitur. Außerdem können Zuwanderer in größeren Städten von vorhandenen Netzwerken, mehr Beratungsangeboten und konkreten Integrationsstrategien der Lokalpolitik profitieren.
- ⁹ Vgl. KfW-Konjunkturkompass Deutschland August 2015 (www.kfw.de/KfW-Konzern/KfW-Research/KfW-Konjunkturkompass.html). Die Schätzung beruht u. a. auf den bisherigen Baugenehmigungen und den makroökonomischen Rahmenbedingungen (z. B. Zinsniveau, Kaufkraft, Zuwanderung).
- ¹⁰ Vgl. Held, T. und M. Waltersbacher (2015): Wohnungsmarktprognose 2030, BBSR-Analysen kompakt 07/2015. Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) gelangt zu ähnlichen Ergebnissen: Für die Jahre 2015 bis 2020 (2020 bis 2030) wird ein durchschnittlicher jährlicher Neubaubedarf von 266.000 (223.000) Wohnungen geschätzt. Vgl. Henger, R. et al. (2015): Der künftige Bedarf an Wohnungen – Eine Analyse für Deutschland und alle 402 Kreise, IW policy paper 24/2015, Köln.
- ¹¹ Angebot und Nachfrage sind zudem auf den regionalen Wohnungsmärkten sehr unterschiedlich verteilt: Während es in vielen Groß- und Universitätsstädten gravierende Angebotsengpässe gibt, stehen in strukturschwachen Regionen zahlreiche Wohnungen leer. Der Neubaubedarf ist in Ballungsräumen also weitaus größer als auf dem Land. Durch entsprechende Preisentwicklungen auf den Wohnungsmärkten sollte die regionale Bautätigkeit sich eigentlich dem Bedarf anpassen. Die Realität sieht anders aus: In vielen ländlichen Gebieten wurden zuletzt mehr Wohnungen fertiggestellt als mittelfristig nötig, in Ballungsräumen verhält es sich oft umgekehrt. Die Fehlallokation in der Bautätigkeit lässt sich mit starrem Baulandangebot in Großstädten, unterschiedlichen Anreizen bei selbstgenutztem Wohneigentum (Konsumgut) bzw. gewerblichem Wohnungsbau (Investitionsgut) sowie einer grundlegend asymmetrischen Preiselastizität im Neubau erklären. Vgl. Henger et al. (2015), S. 8ff.
- ¹² Es wird zwar vorrangig günstiger Wohnraum benötigt, aufgrund so genannter Sickereffekte auf dem Wohnungsmarkt schaffen aber auch höherwertige Wohnungen Abhilfe, da durch Umzüge von zahlungskräftigen Mietern günstigerer Wohnraum frei wird.
- ¹³ Vgl. entsprechende Willenserklärung von Bund und Ländern (www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2015/09/2015-09-24-bund-laender-fluechtlinge-beschluss.pdf). Die diskutierten Maßnahmen beziehen sich auf vier Bereiche: 1. Absenkung von Standards (Bauplanungs-/Vergaberecht, Denkmal-/Umweltschutz), 2. Beschleunigung von Baugenehmigungen (Personalaufstockung, Standardisierung), 3. steuerliche Förderung (erhöhte Abschreibungen), 4. schnellere und günstigere Verfügbarkeit von Bauland (zusätzliche Flächen, Verzicht auf Grunderwerbsteuer).
- ¹⁴ Außerdem müssen die bereits verfügbaren Flächen natürlich auch bebaut werden. Deshalb sollte der spekulativen Hortung von Bauland entgegnet werden, die bei steigenden Preisen und niedrigen Zinsen zunimmt.
- ¹⁵ Vgl. Fabricius, S. (2015): Auch Kasernen sollen Flüchtlingsheime werden, Interview mit Bundesbauministerin Barbara Hendricks, Die Welt, 26.08.2015.
- ¹⁶ Vgl. KfW-Kommunalpanel 2015, S. 26f.
- ¹⁷ Dies zeigen die Daten des KfW-Mittelstandspanels 2014; vgl. Leifels, A. (2015): Fachkräfterekrutierung im Mittelstand – Optimismus darf Blick auf Qualifikationsprobleme nicht verstellen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 100, KfW Economic Research, Frankfurt am Main.
- ¹⁸ Eine aktuelle Studie des Empirica-Instituts sieht im ländlichen Raum besonders große Chancen für die Integration von Familien. Vgl. Braun, R. und H. Simons (2015): Familien aufs Land, empirica paper Nr. 230, Berlin, www.empirica-institut.de/kufa/empi230rbhs.pdf.
- ¹⁹ Die Haushaltsstrukturen in den Herkunftsländern sowie der hohe Anteil junger Männer lassen umfangreichen Familiennachzug erwarten. Dadurch würde der Schüleranteil steigen.
- ²⁰ Die Teilnahmequoten von Kindern mit mindestens einem ausländischen Elternteil betragen im Jahr 2013 17 % bei unter 3-Jährigen und 86 % bei 3- bis 5-Jährigen. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen, Bielefeld. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gelangt zu einer deutlich höheren Schätzung von 68.000 zusätzlichen Plätzen bei 800.000 Asylbewerbern, da auch Null- und Sechsjährige einbezogen werden und die deutlich höheren Teilnahmequoten der Gesamtbevölkerung Verwendung finden. Vgl. Menkens, S. (2015): In Kitas fehlen Zehntausende Plätze für Flüchtlinge, Die Welt, 23.09.2015.
- ²¹ Die geringeren Teilnahmequoten von Kindern mit Migrationshintergrund sind nur z. T. auf kulturelle Unterschiede zurückzuführen. Die wesentlichen Faktoren sind der Bildungshintergrund der Haushalte und die damit einhergehende unterdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung. Über ein Drittel der 5-Jährigen mit nicht-deutscher Familiensprache zeigen in Tests eine verzögerte Sprachentwicklung, in derselben Größenordnung gilt das allerdings auch für Kinder aus bildungsfernen Haushalten. Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014), S. 62.
- ²² Die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (zwischen 20 und 64 Jahren) wird gemäß Variante G1-L1-W1 („Kontinuität bei schwächerer Zuwanderung“) der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung von 49 Mio. auf ca. 44 Mio. (40 Mio.) im Jahr 2030 (2040) sinken. Bei stärkerer Zuwanderung ändern sich die Ergebnisse nicht maßgeblich (2030: 45 Mio., 2040: 42 Mio.). Vgl. Statistisches Bundesamt (2015): Bevölkerung Deutschlands bis 2060, Wiesbaden, S. 20ff.
- ²³ Vgl. Zeuner, J. (2013): Wege aus der Demografiefalle, Fokus Volkswirtschaft Nr. 34, KfW Economic Research, Frankfurt am Main.
- ²⁴ Durch die liberale Auslegung der EU-Blue-Card, zusätzliche Aufenthaltstitel für qualifizierte Nichtakademiker und hochqualifizierte Arbeitsuchende hat sich Deutschland in rechtlich-institutioneller Hinsicht immer mehr zu einem modernen Einwanderungsland entwickelt. Kritisiert wird aber u. a. die Komplexität der bestehenden Rechtslage und die fehlende Einbettung in eine klare Kommunikationsstrategie.
- ²⁵ Vgl. Brücker, H. et al. (2015): Asyl- und Flüchtlingsmigration in die EU und nach Deutschland, Aktuelle Berichte 08/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg, S. 8f.
- ²⁶ Vgl. Mirbach, T. et al. (2014): Endbericht Programmevaluation "Bleiberecht II", Hamburg.

²⁷ Seit August 2015 ist bei Praktika und bestimmten Qualifizierungsmaßnahmen die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr nötig.

²⁸ Vgl. Brücker, H. et al. (2014): Neue Muster der Migration, DIW Wochenbericht Nr. 43, S. 1126–1135; OECD (2015): Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling in, Paris; Cortes, K. E. (2004): Are Refugees Different from Economic Immigrants? Some Empirical Evidence on the Heterogeneity of Immigrant Groups in the United States, IZA Discussion Paper, 1063, Bonn.

²⁹ Vgl. OECD (2015): Is this humanitarian migration crisis different?, Migration Policy Debates, 07/2015, Paris, S. 8.

³⁰ Vgl. Brücker, H. et al. (2015): Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt: Der Stand im September 2015, Aktuelle Berichte 14/2015, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg.

³¹ Vgl. Metzger, G. (2014): Existenzgründungen durch Migranten: Gründungslust belebt das Geschehen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 67, KfW Economic Research, Frankfurt am Main.